

Wahlprüfsteine der demokratischen Parteien zum Thema „Welche Position vertritt Ihre Partei in Bezug auf die Absenkung des Wahlalters im Rahmen von Bundestagswahlen - Wird sich Ihre Partei für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 oder 14 Jahre einsetzen?“

CDU/CSU:

CDU und CSU bewerten es als sehr positiv, dass sich junge Leute schon früh politisch engagieren und sich für konkrete politische Ziele einsetzen. Dies ist auch im Sinne unserer Demokratie eine sehr gute Entwicklung. Wir stärken auch jugendgerechte Beteiligungsformate, wie bspw. die Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“.

Aus unserer Sicht hat es sich bewährt, dass Wahlrecht und Volljährigkeit miteinander verknüpft sind. Mit 18 Jahren wird jungen Menschen vom Gesetz unterstellt, dass sie in der Lage sind die volle Verantwortung für ihr Leben – mit allen Rechten und Pflichten – zu übernehmen. Eine Entkoppelung des Wahlrechts von der Volljährigkeit wäre inkonsequent

DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren im Bundestag für ein aktives Wahlrecht ab 16 ein. Junge Menschen sollen ihre Zukunft mitgestalten, denn auch sie haben ein Recht darauf, dass Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter ggf. weiter absenken.

DIE LINKE

Ja. DIE LINKE setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 14 Jahre ein.

FDP:

Wir Freie Demokraten fordern eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament. Als Voraussetzung dafür ist die politische Bildung an allen Schulformen zu verstärken. Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Es ist das vornehmste Recht in einer Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts. Junge Menschen nehmen bereits in vielen Lebensbereichen Verantwortung wahr, werden aber von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Dabei sind sie diejenigen, die am längsten von politischen Entscheidungen beeinflusst werden. Das Wahlrecht ab 16 ist gelebte Generationengerechtigkeit.

SPD:

Junge Menschen sind Profis in Fragen ihrer Zukunft! Unser Anspruch ist daher eine Politik, die nicht über ihre Köpfe hinweg diskutiert und entscheidet. Wir wollen echte Beteiligung ermöglichen. Jugendliche zeigen an vielen Stellen, dass sie politisch denken und für ihre Interessen zu handeln bereit sind. Daher ist es richtig, auch das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken.

– ARMUT ABSCHAFFEN!

Veröffentlicht von:

Bundesjugendwerk der AWO e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Tel.: (+49) 30-259 272 8-506
Fax: (+49) 30-259 272 8-60
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de